Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Chronik „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Blatt „U.K.", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten, für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exped. v. M. möglich. Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 6 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2,10 M., viertelj. 6,30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 5,20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Hernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10148, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Prinzenstr. 41; Nathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 21; Frankfurter Allee 61/63; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg: Zauenzienstraße 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 39; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-West: Curtiusstr. 12; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Dorfstraße Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 104a; Weißensee: Berliner Allee 28; Wilmersdorf: Uhlandstraße 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 88.
42. Jahrgang

Dienstag
18. Februar 1913

Wir können und wir wollen.

Zu der Rede des Kaisers in der Versammlung des Landwirtschaftsrates.

Von [Nachdruck verboten.]

Jan Fegter, Mitglied des Reichstags.

„Das können wir und das müssen wir — nämlich den Bedarf Deutschlands an Nahrungsmitteln nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft decken" — mit diesen Worten schloß der Kaiser seine Ansprache in der Versammlung des Landwirtschaftsrates am 12. Februar. Er hat damit den deutschen Landwirten eine Aufgabe gestellt, die nicht sehr leicht zu lösen sein wird. Diejenigen Kreise der deutschen Landwirtschaft, deren Vertreter die Versammlung bildeten, in welcher der Kaiser sprach, — die Großgrundbesitzer — werden diese schwere Aufgabe nicht lösen können, wohl auch nicht die Mittel wollen, mit denen allein sie zu lösen ist.

Die Großgrundbesitzer wollen in ihrer Mehrheit eine energische innere Kolonisation nicht, das haben sie in zahllosen Kundgebungen vor langem und vor kurzem zum Ausdruck gebracht, das geht deutlich aus den Reden der v. Oldenburg usw. hervor. Und die innere Kolonisation ist fast das einzige Mittel, um die vom Kaiser gestellte Aufgabe zu lösen; eine Produktionssteigerung bis auf 100 Zentner Roggen pro Hektar, wie der Kaiser sie auf Cadinen erzielt hat, wird innerhalb der rentablen Wirtschaft nicht möglich sein. Das würde eine Produktionssteigerung auf das Vierfache für die Flächeneinheit bedeuten. Eine solche Steigerung wird möglich durch Aufteilung der Großbetriebe in Klein- und Mittelbetriebe; als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung einige wenige Zahlen:

Nach dem Bericht der pommerschen Ansiedlungskommission in Stettin vom Jahre 1910 wurden dort 20 Großgüter in bäuerliche Rentengüter umgewandelt. Diese 20 Güter ernährten vor der Aufteilung 239 Haushaltungen, nach der Aufteilung 457. Die Zahl der Bewohner stieg von 1398 auf 2663 Personen. Die Zahl der Schweine stieg von 1542 auf 4005, die der Ziegen von 39 auf 92, die der Pferde von 498 auf 789, die des Rindviehs von 1428 auf 2965, die des Geflügels von 2472 auf 8613. Dieselbe Erfahrung wird bei jeder Aufteilung gemacht; eine Verdoppelung der Bevölkerung, eine Verdreifachung und Vervierfachung der Produktion von Bodenprodukten und Vieh auf derselben Fläche.

Es ist ohne weiteres selbstverständlich, daß bei einer solchen Entwickelung auch der Mittelstand, Gewerbetreibende aller Art, ein besseres Fortkommen findet. Wo der Großgrundbesitz vorwiegt, versinken Land und Städte in den wogenden Kornfeldern der Rittergüter, und die Bewohner fliehen in die Stätten der Industrie. Er entvölkert das Land und verhindert die intensive Ausnutzung des Bodens. Die 1½ Millionen Hektar, die seit 1811 allein in den östlichen Provinzen Preußens den Rittergütern zugelegt sind, teils durch die berüchtigten Regulierungen, teils „im Wege des freien Verkehrs", ernährten die vielen Hunderttausende, die dem fernen Amerika zuzogen, deren Stelle nun die russischen Saisonarbeiter einnehmen, die Millionen an Ueberverdienst alljährlich mit über die Grenze nehmen. Diese Saisonarbeiter müssen wieder ersetzt werden durch einheimische und seßhafte Bauern und Arbeiter auf eigenem Grund und Boden. Das ist unsere Kolonisation! Um sie durchführen zu können, muß die bestehende Gesetzgebung geändert werden.

Die Kultivierung der Moor- und Oedländereien allein genügt nicht. Es muß eine Aufteilung der Großbetriebe durchgeführt werden in weitestem Umfange. Zu dem Zweck muß die Aufhebung des Fideikommißgesetzes erfolgen. Aufhören muß die ständige Vermehrung der Fideikommisse, die von etwa 1¼ Million Hektar im Jahre 1851 auf etwa 2¾ Millionen Hektar im Jahre 1912 gewachsen sind. Auf diesen 2¾ Millionen Hektar fänden die nachgeborenen Bauernsöhne Platz, die der Landhunger aus der Heimat treibt.

Aber wann wohl kommen wir in die Lage, eine Gesetzgebung in Preußen durchzusetzen, die ein solches Ziel erreichen hilft? Sicher erst dann, wenn ein völliger Systemwechsel durchgeführt ist. Die Landwirtschaft, die den Kaiser umgab, als er am 12. Februar seine Rede hielt, kann und will dazu nicht helfen. Dazu bedarf es der tausendfältigen Bauernkraft. Und damit diese sich entfalten kann, bedarf es der Entfesselung des Volkes von den Resten feudaler Einrichtungen.

Ach, wenn wir doch bald nicht bloß lesen könnten: „S. M. der Kaiser und König haben allergnädigst befohlen, selbst das Wort nehmen zu wollen . . . Mit diesem Satze leitete Graf Schwerin-Löwitz die Kaiserrede ein." Sondern wenn wir lesen könnten: „S. M. der Kaiser und König haben allergnädigst befohlen, daß sein Wort eingelöst, daß das preußische Wahlrecht zeitgemäß geändert werde." Wenn wir bald lesen könnten: „S. M. haben allergnädigst befohlen, das Ministerium solle einen Gesetzentwurf vorlegen zur Aufhebung der Fideikommisse."!

Freilich, dann wird es nötig sein, nicht bloß einen Pächter hinauszuschmeißen, weil er nichts mehr taugte, sondern es wird nötig sein, die Grafen und Barone und all die Großen der Krone „hinauszuschmeißen" aus ihrer ererbten, privilegierten Stellung, weil sie nichts mehr taugen zur Lösung der Aufgaben der modernen Volkswirtschaftsfragen, weil ihre Privilegien die notwendigen Entwickelungen hemmen. Majestät, helfen Sie dem Volke, die Bewegungsfreiheit, das gleiche Recht, das in der Verfassung auf dem Papier steht, erringen! Helfen Sie Ihren Bauern den Landhunger stillen! Dann wird vielleicht die der „Landwirtschaft" gestellte Aufgabe gelöst werden können.

Heeresvermehrung in Frankreich.

Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit? — 580 Millionen neue Kredite.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 17. Februar.

Ueber die Maßnahmen, mit denen die französische Regierung dem deutschen Heeresgesetz begegnen will, wird jetzt Bestimmteres mitgeteilt. Wie gemeldet, haben im Laufe der vorigen Woche unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand mehrere Beratungen stattgefunden, an denen der Kriegsminister Etienne, der Finanzminister Klotz, Generalstabschef Joffre, die Direktoren im Kriegsministerium sowie die Obmänner und Berichterstatter der Budget- und der Heeresausschüsse der Kammer und des Senats teilgenommen haben. In diesen Beratungen sind, wie der „Temps" mitteilt, drei wichtige Entwürfe ausgearbeitet worden, die eine Vermehrung und Stärkung der französischen Landmacht zum Ziel haben. Das neue Programm enthält im allgemeinen folgende Bestimmungen:

1. Ein außeretatsmäßiger Kredit von 70 bis 80 Millionen Francs wird dringend von der Kammer verlangt werden. Mit Hilfe dieses Geldes sollen einige Reformen, die erst nach einigen Jahren geplant waren, schon in diesem Jahre beendet werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die befestigten Plätze, um die Abänderung der Geschütze, den Munitionstransport und ähnliches.

2. Ein Kredit von 500 Millionen Francs wird von der Kammer noch vor Ostern gefordert. Mit diesem Kredit soll ein Militärprogramm durchgeführt werden, das sich an bestimmte Termine hält, wie das deutsche Programm von 1911 bis 1912. Die Reformen sollen sich ebenfalls auf die Festungen, auf die Artilleriemunition, auf die schwere Artillerie und die Aeronautik erstrecken. Zur Ausführung dieser Reformen wird man, wenn es nötig ist, die Privatindustrie in Anspruch nehmen.

3. Der Kriegsminister ist beauftragt worden, dem Ministerrat in der nächsten Woche ein Programm für die als unerläßlich erachtete Vermehrung der Effektivbestände vorzulegen. Man fand, um diese Vermehrung ermöglichen zu können, eine Modifikation, durch die das Personal der Militärverwaltungen zum Waffendienst ohne Abänderung der bestehenden Militärgesetze herangezogen wird, also die Krankengehilfen, die Schneider usw. Ferner wird eine intensivere Rekrutierung unter den Eingeborenen von Algier, Tunis und Westafrika in Erwägung gezogen. Da jedoch diese Maßnahmen nicht ausreichen, wurde der Kriegsminister aufgefordert, die notwendigen Gesetzesabänderungen vorzuschlagen. Diese Anträge werden vom Ministerrat unverzüglich geprüft werden und sollen so schnell als möglich genehmigt werden. Die in Betracht kommenden Lösungen sind: 1. die Rückkehr zum dreijährigen Dienst für gewisse Waffengattungen; 2. Einführung eines 30monatigen Dienstes für alle Waffen oder eine Verbindung dieser beiden Probleme. Das Kriegsministerium ist bereits jetzt für eine allgemeine Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. Die Regierung wird vom Parlament eine rasche Erledigung der Vorlagen über die Mannschaftsbestände und die Bewilligung der Kredite für die Durchführung des jüngst angenommenen Kadergesetzes verlangen. Hierbei wird erwogen werden, ob der in dem Kadergesetz vorgesehene Minimalbestand von 115 Mann für eine Kompagnie ausreichend ist. Die Regierung wird wegen des gesamten Militärprogramms die Vertrauensfrage stellen. Der „Temps" fügt hinzu, daß der Kriegsminister schon jetzt die Einführung der dreijährigen Dienstzeit für das ganze Heer befürwortet.

m. Paris, 17. Februar.

Die Mitteilungen der Blätter über die neue deutsche Militärvorlage machten auf die Pariser Börse und die Finanzkreise starken Eindruck. Die durchweg nicht unwesentlichen Kursrückgänge werden auf diese Veröffentlichungen über die deutschen Absichten zurückgeführt.

---

* In dem **Panamakanalstreit** zwischen England und den Vereinigten Staaten hat sich das Komitee des amerikanischen Senats jetzt auf die Seite des Präsidenten Taft gestellt. Bekanntlich halte der frühere Staatssekretär des Auswärtigen unter Roosevelt und jetzige Senator Elihu Root einen Abänderungsantrag zum Panamakanalgesetz eingebracht, die Aufhebung der Bestimmung, welche für die im Küstenhandel beschäftigten amerikanischen Schiffe die Gebührenfreiheit vorsieht. Dieser Antrag ist gestern, wie unser Londoner ^o^-Korrespondent telegraphiert, vom Washingtoner Senatskomitee für interozeanische Wasserstraßen abgelehnt worden.

Der Streit um die Stadt Skutari.

Am Sonntag meldete das Reutersche Bureau, die Verhandlungen über die Abgrenzung Albaniens seien infolge der österreichisch-russischen Meinungsverschiedenheiten auf den toten Punkt gelangt, und die Lage sei „schwierig und ernst". Gestern abend suchte dasselbe Reutersche Bureau seine Sonntagsmeldung, die großes Aufsehen gemacht hat, abzuschwächen, und es verbreitete eine neue Darstellung, in der von der vermittelnden Tätigkeit der Großmächte und sogar — wenn auch mit Vorsicht und ohne herzhafte Bestimmtheit — von einer Besserung der österreichisch-russischen Beziehungen die Rede ist. Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß die österreichischen Rüstungen nicht der gleichgültigen Adriahafenfrage, sondern der jetzt zur Lösung drängenden albanischen Grenzfrage gelten, aber wir halten es nach wie vor für undenkbar, daß sich aus dieser Angelegenheit ein kriegerischer Konflikt ergeben sollte. Wenn freilich das Reutersche Bureau in seinem neuen Situationsbericht es als einen Fortschritt hinzustellen scheint, daß Oesterreich jetzt den Bezirk von Skutari, ohne die Stadt, den Montenegrinern überlassen will, so braucht man wohl nicht gleich mitzufeiern. Denn nicht auf den Bezirk, sondern auf die Stadt Skutari kam es in dem ganzen Streite an, und diese Stadt wird nach wie vor von Rußland für Montenegro, von Oesterreich für Albanien verlangt.

Vermittlung der Mächte zwischen Oesterreich und Rußland.

Eine neue Formel für Albanien.

London, 17. Februar.

Das Reutersche Bureau erfährt in diplomatischen Kreisen, daß keine Veranlassung vorliegt, irgendwelchen beunruhigenden Nachrichten zu viel Bedeutung beizumessen. Die österreichisch-russischen Beziehungen seien in manchem Punkte vorwärts gekommen. Beide Regierungen in Petersburg wie in Wien bestreiten, hinsichtlich Albaniens irgendwie auf einem toten Punkt angekommen zu sein. Es werde vielmehr erwartet, daß diese Frage bei der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz in London zur Beratung gelangen werde. Diese Sitzung sei zum nächsten Donnerstag einberufen worden, da dann Sir Edward Grey und der französische Botschafter Cambon in die Stadt zurückgekehrt sein werden. Inzwischen würden die Gegenvorschläge Rußlands, die jetzt in Wien vorliegen, dort erwogen, und die Bemühungen von anderer Seite würden nicht nachlassen, die beiden hauptsächlich beteiligten Regierungen einander näher zu bringen. Oesterreich habe angedeutet, daß es nicht abgeneigt sei, der Nichtzuteilung der Distrikte von Skutari, Ipek und Prizrend an Albanien zuzustimmen, daß es aber die Anschauung aufrechterhalte, daß die Stadt Skutari, Djakova, Dibra und Janina Teile des neuen autonomen Albanien bilden müßten.

Fortdauer des Bombardements von Skutari.

Ein Telegramm aus Cetinje aus amtlicher montenegrinischer Quelle berichtet: Die montenegrinische Artillerie der Kolonne Martinowitsch bombardiert von verschiedenen Stellen Skutari, wobei sie darauf Bedacht nimmt, daß die Geschosse nicht in die Stadt fallen, in der auf einer großen Zahl von Häusern weiße Fahnen wehen. Die Türken errichteten Verschanzungen in allernächster Nähe der Stadt.

Der Stillstand der rumänisch-bulgarischen Verhandlungen.

Verschiebung der Interpellation Fleva. — Abberufung des russischen Gesandten in Bukarest v. Schebeko?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Bukarest, 17. Februar.

Der Deputierte Fleva, der, wie bereits gemeldet wurde, heute den Ministerpräsidenten als Minister des Aeußeren wegen der rumänisch-bulgarischen Verhandlungen interpellieren wollte, hat seine Interpellation verschoben. Die Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den das Eisenbahngesetz dahin abgeändert wird, daß im Kriegsfall das gesamte Eisenbahnpersonal militarisiert wird.

Dem „Adevérul" zufolge soll der russische Gesandte in Bukarest, v. Schebeko, abberufen und an seiner Stelle der Dumaabgeordnete Krupenski, der Bruder des russischen Botschafters in Rom, zum russischen Gesandten ernannt werden. Die russische Regierung soll mit Schebeko unzufrieden sein, weil es ihm bisher nicht gelungen sei, Rumänien vom Dreibund loszureißen. In hiesigen offiziellen Kreisen würde der Rücktritt Schebekos nur mit größtem Bedauern gesehen werden. Krupenski, der zwar selbst rumänischer Abkunft ist, soll stets einen unversöhnlichen Haß gegen die Rumänen in Bessarabien und im Königreich selbst in krasser Form betätigt haben.

Sofia, 17. Februar.

In einer Besprechung der zwischen Bulgarien und Rumänien bestehenden Streitfrage schreibt das Regierungsorgan „Mir": Man